



28.06.2023

Wichtige neue Entscheidung

Energierrecht: Zuständiges Gericht bei Rechtsstreitigkeiten betreffend vorzeitige Besitzeinweisungen

§ 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, § 48 Abs. 1 Satz 3, § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO, § 6 BBPIG, §§ 43, 44b, 44c EnWG

Vorzeitige Besitzeinweisung nach § 44b EnWG
Erstinstanzliche Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 19.06.2023, Az. 22 A 23.40015

Orientierungssatz der LAB:

Das Bundesverwaltungsgericht ist für Klagen gegen vorzeitige Besitzeinweisungsbeschlüsse gemäß § 44b EnWG erstinstanzlich zuständig, sofern es auch für die Klage gegen den zugrundeliegenden Planfeststellungsbeschluss zuständig ist.

Hinweis:

Streitgegenständlich ist ein Beschluss des Landratsamts über eine vorzeitige Besitzeinweisung. Diesem liegt ein bestandskräftiger Planfeststellungsbeschluss für einen Ersatzneubau einer Höchstspannungsfreileitung zugrunde. Das Landratsamt hat in der Rechtsbehelfsbelehrung den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) als

Hinweis: Diese Entscheidung wird gleichzeitig auf unserer Internetseite sowie Twitter (@LA_Bayern) eingestellt.

das Gericht, bei dem der Rechtsbehelf einzulegen ist, angegeben. Zuständig ist aber das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG). Die Entscheidung ist von praktischer Bedeutung für die über vorzeitige Besitzeinweisungen entscheidenden Behörden und die Abfassung der Rechtsbehelfsbelehrung.

Der BayVGh hat seine Zuständigkeit zur Entscheidung über die Klage gemäß § 48 Abs. 1 Satz 3 VwGO i.V.m. Art. 5 AGVwGO verneint und die Streitsache an das BVerwG verwiesen, das seiner Auffassung nach gemäß § 6 Satz 1, Satz 2 Nr. 1, Nr. 18 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPIG i.V.m. § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO zuständig ist.

Zur Begründung weist der BayVGh darauf hin, dass der Besitzeinweisungsbeschluss im Zusammenhang mit der Realisierung eines bestandskräftigen planfestgestellten Vorhabens nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EnWG stehe. Für die Entscheidung über Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss selbst wäre daher gemäß § 6 Satz 1, Satz 2 Nr. 1, Nr. 18 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPIG i.V.m. § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO das BVerwG zuständig. Diese Zuständigkeit umfasse nicht nur die eigentlichen Planfeststellungsentscheidungen und die in § 6 Satz 2 Nr. 1 BBPIG ausdrücklich genannten begleitenden Entscheidungen, sondern darüber hinaus auch die vorzeitige Besitzeinweisung.

Zur weiteren Begründung nimmt der BayVGh auf den Beschluss des BVerwG vom 10.02.2023 (Az. 7 VR 1.23 – juris Rn. 12 zu § 12 LNGG) Bezug. Dort hatte das BVerwG zu § 12 LNGG entschieden, dass für eine weite Auslegung des § 12 Satz 1 LNGG mit Blick auf die vorzeitige Besitzeinweisung zum einen die Zuweisung der Entscheidung über „sämtliche Streitigkeiten“ spreche. Zudem sei der Begriff der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns nach § 12 Satz 2 Nr. 1 LNGG mit Blick auf das Energiewirtschaftsgesetz nicht auf die so bezeichnete Zulassung des vorzeitigen Baubeginns im Sinne des § 44c EnWG beschränkt. Er erfasse vielmehr auch die in § 44b EnWG geregelte vorzeitige Besitzeinweisung, die dasselbe Ziel der Ermöglichung des zügigen Baubeginns verfolge.

Für die Übertragung der Rechtsprechung des BVerwG auf § 6 BBPIG spreche aus Sicht des BayVGH insbesondere die Vergleichbarkeit des Wortlauts des § 6 Satz 2 Nr. 1 BBPIG und des § 12 Satz 2 Nr. 1 LNGG (Zulassungen des vorzeitigen Baubeginns) und darüber hinaus das beiden Vorschriften gleichermaßen zugrundeliegende Ziel der Beschleunigung der Verfahren.

Die Zuständigkeit des BVerwG gilt gleichermaßen, wenn die Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage angestrebt wird (BayVGH, B.v. 19.06.2023, Az. 22 AS 23.40016). Das BVerwG entscheidet damit insoweit in erster und letzter Instanz über Rechtsstreitigkeiten betreffend Besitzeinweisungsbeschlüsse der Kreisverwaltungsbehörden (Art. 19 Abs. 1 BayEG).

Egner
Oberlandesanwältin

22 A 23.40015

*Großes Staats-
wappen*

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

In der Verwaltungsstreitsache

****_***. *****
***** ** *****_*****

- ***** -

*****.
***** ** *****
***** * ***** * * ***

gegen

Freistaat Bayern,

vertreten durch:

Landesanwaltschaft Bayern,
Ludwigstr. 23, 80539 München,

- Beklagter -

beigeladen:

***** ** *****
***** *****
***** *****

bevollmächtigt:

***** ** *****
***** *****

wegen

Vorzeitiger Besitzeinweisung nach § 44b EnWG;

erlässt der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, 22. Senat,
durch die Richterin am Verwaltungsgerichtshof Dr. Meermagen als Vorsitzende,
den Richter am Verwaltungsgerichtshof Raible,
den Richter am Verwaltungsgerichtshof Schlämmer

ohne mündliche Verhandlung am **19. Juni 2023**
folgenden

Beschluss:

- I. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof ist sachlich unzuständig.
- II. Der Rechtsstreit wird an das zuständige Bundesverwaltungsgericht verwiesen.

Gründe:

I.

- 1 Der Kläger wendet sich gegen einen Bescheid des Beklagten, mit dem die Beigeladene zur Durchführung eines planfestgestellten Vorhabens zum Ersatzneubau einer Höchstspannungsfreileitung vorzeitig in den Besitz von Teilflächen eines Grundstücks des Antragstellers eingewiesen wurde.
- 2 Mit Planfeststellungsbeschluss der Regierung der Oberpfalz vom 29. Juli 2022 (vgl. www.regierung.oberpfalz.bayern.de/mam/service/planfeststellung_energie/planfeststellungsbeschluss_ostbayernring_abschnitt_a/3321.0-2-31_pfb_ostbayernring_abschnitt_a_-_beschluss.pdf) wurde der Plan der Beigeladenen für den Ostbayernring – Ersatzneubau 380/110-kV-Höchstspannungsfreileitung Redwitz a.d. Rodach – Schwandorf einschließlich Rückbau der Bestandsleitung; Abschnitt Umspannwerk Schwandorf – Umspannwerk Etzenricht (Leitung Nr. B 161) unter erstmaliger teilweiser Mitnahme der Leitung O6 (Schwandorf – Schwarzenfeld) der Bayernwerk Netz

GmbH im Bereich Mast 90A – Mast 106 (B 161) einschließlich Rückbau des entsprechenden Teils der Bestandsleitung (Mast 6 – 26 (O6)) festgestellt. Der Planfeststellungsbeschluss ist bestandskräftig und sofort vollziehbar.

- 3 Der Kläger ist Eigentümer des Grundstücks FINr. **** der Gemarkung N***** ** ****, von dem für die Realisierung des Vorhabens bestimmte Teilflächen auf Dauer und bestimmte Teilflächen vorübergehend in Anspruch genommen werden sollen.
- 4 Mit Bescheid vom 4. Mai 2023 erließ das Landratsamt N***** ** ** ***** einen Besitzeinweisungsbeschluss, mit dem die Beigeladene zur Durchführung des genannten Bauvorhabens vorzeitig in den Besitz der erforderlichen Teilflächen des Grundstücks des Klägers angewiesen wurde. Danach wurde die vorzeitige Besitzeinweisung am 29. Mai 2023 wirksam. Nach der beigefügten Rechtsbehelfsbelehrung kann Klage zum Bayerischen Verwaltungsgerichtshof erhoben werden. Der Besitzeinweisungsbeschluss wurde dem Kläger nach dessen Angaben am 11. Mai 2023 zugestellt.
- 5 Mit Schriftsatz vom 22. Mai 2023, beim Verwaltungsgerichtshof am 24. Mai 2023 eingegangen, erhob der Kläger persönlich Klage gegen den Besitzeinweisungsbeschluss. Nach gerichtlichem Hinweis ließ der Kläger am 7. Juni 2023 erneut durch seinen Bevollmächtigten Klage erheben.
- 6 Mit gerichtlichem Schreiben vom 9. Juni 2023 wurden die Beteiligten zu einer beabsichtigten Verweisung des Rechtsstreits an das Bundesverwaltungsgericht angehört. Der Kläger trug mit Schreiben vom 12. Juni 2023 vor, aus seiner Sicht sei das Bundesverwaltungsgericht zuständig; Gleiches gilt für den Beklagten (Schriftsatz vom 16. Juni 2023). Die Beigeladene verzichtete auf eine Äußerung.
- 7 Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Gerichtsakten verwiesen.

II.

- 8 Der Verwaltungsgerichtshof ist für die Entscheidung über die Klage nicht zuständig; die Streitsache ist an das zuständige Bundesverwaltungsgericht zu verweisen.

- 9 1. Anstelle des Verwaltungsgerichtshofs ist gemäß § 6 Satz 1, Satz 2 Nr. 1, Nr. 18 der Anlage zu § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Mai 2023 (BGBl I S. 133), (BBPlG) i.V.m. § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO das Bundesverwaltungsgericht für die Entscheidung über die Klage zuständig.
- 10 Gemäß § 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 VwGO entscheidet das Oberverwaltungsgericht im ersten Rechtszug über sämtliche Streitigkeiten, die Planfeststellungsverfahren gemäß § 43 EnWG betreffen, soweit nicht die Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts nach § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO begründet ist. Nach § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO entscheidet das Bundesverwaltungsgericht im ersten und letzten Rechtszug über sämtliche Streitigkeiten, die Planfeststellungsverfahren und Plangenehmigungsverfahren für Vorhaben betreffen, die u.a. in dem Bundesbedarfsplangesetz bezeichnet sind.
- 11 Die vorliegende Klage bezieht sich auf einen Besitzeinweisungsbeschluss, der auf § 44b EnWG gestützt ist. Der Besitzeinweisungsbeschluss steht im Zusammenhang mit der Realisierung eines Vorhabens nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EnWG (vgl. den Planfeststellungsbeschluss der Regierung der Oberpfalz vom 29. Juli 2022, S. 76 und 80). Es stellt einen Teilabschnitt des unter Nr. 18 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG aufgeführten Vorhabens „Höchstspannungsleitung Redwitz – Mechlenreuth – Etzenricht – Schwandorf; Drehstrom Nennspannung 380 kV“ dar (vgl. Planfeststellungsbeschluss S. 162). Für die Entscheidung über Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss selbst wäre daher gemäß § 6 Satz 1, Satz 2 Nr. 1, Nr. 18 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG i.V.m. § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO das Bundesverwaltungsgericht zuständig.
- 12 Nach Auffassung des Senats umfasst § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO i.V.m. § 6 Satz 1, Satz 2 Nr. 1 BBPlG nicht nur die eigentlichen Planfeststellungsentscheidungen und die in § 6 Satz 2 Nr. 1 BBPlG ausdrücklich genannten begleitenden Entscheidungen, sondern darüber hinaus auch die vorzeitige Besitzeinweisung.
- 13 Zwar hat der Gesetzgeber in § 48 Abs. 1 Satz 3 VwGO eine Sonderregelung für Besitzeinweisungen getroffen, von der der Freistaat Bayern in Art. 5 AGVwGO Gebrauch gemacht hat. Danach entscheidet der Verwaltungsgerichtshof im ersten Rechtszug über Streitigkeiten, die Besitzeinweisungen in den Fällen des § 48 Abs. 1 Satz 1 VwGO betreffen. Unabhängig davon, dass § 48 Abs. 1 Satz 3 VwGO in den Fällen, in denen

die Besitzeinweisung – wie hier – bundesrechtlich geregelt ist und die bundesrechtliche Regelung den Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten vorsieht, wohl nicht zur Anwendung kommen kann (vgl. Ziekow in Sodan/Ziekow, VwGO, 5. Aufl. 2018, § 48 Rn. 32), liegt hier – bezogen auf den in § 48 Abs. 1 Satz 1 VwGO allein erwähnten Planfeststellungsbeschluss nach § 43 EnWG – ein Fall des § 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 VwGO aber gerade nicht vor, weil insoweit die Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts nach § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO begründet ist (s.o.).

14 Für eine weite Auslegung des § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO i.V.m. § 6 BBPIG mit Blick auf die vorliegende vorzeitige Besitzeinweisung spricht zum einen die Zuweisung der Entscheidung über „sämtliche Streitigkeiten“, die Planfeststellungsverfahren nach den genannten Vorschriften betreffen, an das Bundesverwaltungsgericht (vgl. BVerwG, B.v. 10.2.2023 – 7 VR 1.23 – juris Rn. 12 in Bezug auf § 12 Satz 1 LNGG). Zudem ist nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts der Begriff der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns nach § 12 Satz 2 Nr. 1 LNGG mit Blick auf das Energiewirtschaftsgesetz nicht auf die so bezeichnete Zulassung des vorzeitigen Baubeginns im Sinne des § 44c EnWG beschränkt. Er erfasst vielmehr auch die in § 44b EnWG geregelte vorzeitige Besitzeinweisung, die dasselbe Ziel der Ermöglichung des zügigen Baubeginns verfolgt. Das ist – bezogen auf das LNGG – aus der gesamten Zielsetzung des Gesetzes herzuleiten, das nach seinem § 1 Abs. 1 der zügigen Einbindung verflüssigten Erdgases in das bestehende Fernleitungsnetz dient. Nach der dortigen Gesetzesbegründung soll eine Aufteilung des Rechtsschutzes auf verschiedene Instanzen gerade vermieden werden (BVerwG, B.v. 10.2.2023 – 7 VR 1.23 – juris Rn. 12 mit Verweis auf BT-Drs. 20/1742 S. 38).

15 Vorliegend handelt es sich ebenfalls um eine vorzeitige Besitzeinweisung nach § 44b EnWG, wenn auch das zugrunde liegende Vorhaben nicht in den Anwendungsbereich des LNGG fällt (§ 2 LNGG), so dass vorliegend nicht § 12 LNGG zur Anwendung kommt. Für die Übertragung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts auf § 6 BBPIG spricht aus Sicht des Senats insbesondere die Vergleichbarkeit des Wortlauts des § 6 Satz 2 Nr. 1 BBPIG und des § 12 Satz 2 Nr. 1 LNGG (Zulassungen des vorzeitigen Baubeginns) und darüber hinaus das beiden Vorschriften gleichermaßen zugrunde liegende Ziel der Beschleunigung der Verfahren. In Bezug auf § 6 Satz 2 Nr. 1 BBPIG ist dieses Ziel der Begründung des Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus vom 13. Mai 2019 (BGBl I S. 706) zu entnehmen, mit dem der jetzige § 6 Satz 2 Nr. 1 BBPIG eingefügt wurde (vgl. die Beschlussempfehlung des

Ausschusses für Wirtschaft und Energie, BT-Drs. 19/8913 S. 55, und deren Begründung auf BT-Drs. 19/9027 S. 20, dort wiederum Verweis auf die Begründung zur Änderung des § 44c Abs. 4 Satz 2 EnWG auf BT-Drs. 19/7375 S. 65). Danach soll durch die Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts eine einheitliche Befassung und Entscheidungsgeschwindigkeit für Entscheidungen gewährleistet werden, die Vorhaben aus dem Bundesbedarfsplangesetz oder Energieleitungsausbaugesetz betreffen. Könnte der Planfeststellungsbeschluss für ein solches Vorhaben vor dem Bundesverwaltungsgericht angegriffen werden, während der vorzeitige Baubeginn den normalen Instanzenzug durchlaufen müsste, könnte nach der Gesetzesbegründung der Beschleunigungseffekt der Rechtswegverkürzung in § 6 BBPIG zunichte gemacht werden. Vor diesem Hintergrund lassen sich die Erwägungen des Bundesverwaltungsgerichts zu § 12 LNGG ohne Weiteres auf § 6 BBPIG übertragen.

- 16 2. Der Rechtsstreit ist daher gemäß § 83 Satz 1 VwGO i.V.m. § 17a Abs. 2 GVG an das Bundesverwaltungsgericht zu verweisen.
- 17 Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 83 Satz 2, § 152 Abs. 1 VwGO).

Dr. Meermagen

Raible

Schlämmer